Preis 0,10 RM.

Amtliches Mitteilungsblatt

des Stadt- und Landkreises Bielefeld

Herausgegeben mit Genehmigung der Militärregierung unter NRW / Pric / Press / 43 vom 23. Dezember 1946.

Nr. 18 — Bielefeld, den 12. Juli 1947. — Erscheint sonnabends

Die Sitzung der Stadtvertretung

Die Verhältnisse im Bielefelder Schulwesen · Die Flüchtlingsfrage · Neugestaltung des Jahnplatzes

In der Ratsherrensitzung vom 9. Juli waren 32 Ratsherren anwesend, die Sitzung nahm folgenden Verlauf:

Punkt 1: Einführung des Stadtschulrates Becherer.

Oberbürgermeister Ladebeck: Es ist uns eine ganz besondere Ehre, einen Schulrat in die Stadt Bielefeld einzuführen, schon aus dem Grunde, weil Bielefeld bisher keinen S t a d t schulrat gehabt hat. Sie sind als Schulrat in Berlin tätig gewesen und wissen, welche Bedeutung das Amt hat sowohl als alter Schulaufsichtsbeamter in der Form, wie wir ihn bisher in Bielefeld gehabt haben, aber noch mehr, wie groß die Bedeutung eines Stadtschulrates ist, welchen Umfang seine Aufgaben haben gegenüber der reinen Schulaufsichtstätigkeit. Als ich vor etwa einem Jahr zu der gesamten Lehrerschaft über die Lage unseres Schulwesens sprach, brachte ich persönlich den Wunsch zum Ausdruck, daß die Stadt dazu übergehen möchte, eine Stadtschulratstelle einzurichten. Bielefeld ist mit diesem Wunsche nicht alleinstehend. Eine große Zahl der rheinisch-westfälischen Großstädte hat Stadtschulratstellen seit langen Jahren, und die Städte, in denen es Stadtschulratstellen bisher nicht gegeben hat, sind auf dem Wege, sich darum zu bemühen. Das liegt im Zuge der Demokratisierung, von deren Vollendung unsere Zukunft in starkem Maße abhängen wird.

Sie treten Ihr Amt an unter Verhältnissen, die ungeheuer schwierig sind. Sie kommen in eine Stadt, deren Schulen weitgehend zerstört sind,

von 41 Schulen sind nur noch 24 voll erhalten

und von denen verfügen wir wiederum über zwei nicht. Zehn Schulen sind restlos zerstört, sieben Schulen weitgehend angeschlagen. Das bedeutet räumlich ungeheure Schwierigkeiten im Unterricht. Sie kommen in eine Stadt, in der die Kinder, die die Schule besuchen, im Elternhaus zusammengepfercht leben auf Grund der Wohnraumverhältnisse. Sie kommen in einer Zeit, in der die Kinder mit vielem nicht versorgt werden können, was an sich selbstverständlich ist, wenn die Schulen mit Erfolg arbeiten sollen. Es fehlt an Nahrung, an Kleidung, an Raum, an Lehr- und Lernmitteln. Sie kommen in eine Stadt hinein, deren Lehrkörper, wie überall, unter den Lasten der politischen Ueberprüfungen weitgehende Lücken aufweist und wahrscheinlich auch weiter aufweisen wird, denn der Nachwuchs der Lehrerschaft ist nicht von heute auf morgen zu schaffen. Sie kommen weiter in eine Stadt hinein, in der Sie erstmalig, wenn auch erst nach kurzer Zeit des Einarbeitens, die Stelle des Stadtschulrates übernehmen, indem Sie also nicht nur Schulaufsichtsbeamter sind, sondern das gesamte Schulwesen der Stadt Bielefeld übernehmen sollen als Dezernent für das Schulwesen. Wir verlangen nicht, daß Sie von heute auf morgen die volle Last übernehmen, sondern wir stellen Ihnen frei, wie lange Sie

zunächst die reine Schulaufsicht

mit der Verwaltung der Volks- und Mittelschulen übernehmen wollen, um später dann die gesamten Aufgaben zu übernehmen.

Wir haben Sie einstimmig gewählt, und ich glaube, das ist ein gutes Zeichen für den Beginn Ihrer Arbeit. Mögen Sie daraus ersehen, daß die gesamte Stadtvertretung Ihnen ein weitgehendes Vertrauen entgegenbringt. Wir glauben, das zu dürfen auf Grund Ihrer Vergangenheit als Schulmann, wir glauben es aber auch zu dürfen auf Grund Ihrer politischen Vergangenheit und Ihrer Haltung, die Sie in den letzten Jahren bewiesen haben, denn auch das ist heute eine wesentliche Voraussetzung für die Arbeit in der Schule. Neben all den äußeren mangelnden Voraussetzungen, die Sie in Ihrem Amt vorfinden werden, besteht ja die andere noch viel schwerwiegendere Tatsache des Fehlens jeder geistigen und seelischen Grundlagen, die der Erziehung eigentlich erst den Weg aufmachen. Wenn in unserem ganzen Volke die Moral, die sittliche und persönliche Haltung durch lange Jahre hindurch zerstört worden ist, so auch selbstverständlich in einem großen Teil der Lehrerschaft, die Sie hier antreffen werden. Es ist nun schon eine Tatsache, daß derjenige, der wieder seine Ueberzeugung jahraus jahrein eine Idee gelehrt hat, von der er behauptet, daß sie nicht sein Eigentum sei, daß der nicht berufen sein kann, als Erzieher von Menschen tätig zu sein, die zu vollwertigen Charakteren herangebildet werden sollen. Hier den Weg zu finden, ist Ihre schwerste Aufgabe; aber Sie bringen die Voraussetzungen dazu mit, daß Sie beides sein können: ein Richter in diesen Dingen, aber ich glaube auch ein Unbelasteter

der Wiederberufung und Wiederzulassung von Lehrkräften

mitwirken müssen, von Lehrkräften, die Sie nicht aus eigener Erfahrung kennen und bei denen Sie sich sicherlich erst ein Urteil nach eingehender Prüfung verschaffen müssen. Selbstverständlich sind Sie nicht allein entscheidend, sondern der Rat der Stadt und die Schulausschüsse, aber wir rechnen trotzdem auf Ihre Mitarbeit auch in diesen Fragen, und wir glauben auch, daß Sie, nachdem was wir von Ihnen hörten und wissen, bei der Gestaltung unseres Schulwesens im konfessionellen und nichtkonfessionellen Gemeinschaftssinn sich so in Ihrem Amt und in Ihren Maßnahmen leiten lassen werden, daß Sie den Gesetzen, die gelten, und dem Willen der Erziehungsberechtigten Rechnung tragen werden, in der Vereinigung aller der Ihnen gegebenen Grundlagen gerecht zu sein und die Wege aufzumachen damit in Deutschland geistige Freiheit Einzug halten und wachsen und wirken möge, wie wir auch im einzelnen zu diesen Fragen stehen. An eins müssen wir uns gewöhnen, wenn Demokratie in Deutschland wieder geübt werden soll. Es kann nicht mehr der Grundsatz gelten: wer anders denkt, denkt schlecht, sondern es muß der Grundsatz gelten: auch

des anderen Denken ist recht.

Lassen Sie sich von diesem Geist in Ihrem Amt leiten, dann werden Sie in jeder Hinsicht zum Erfolg kommen.

Ich wünsche Ihnen im Namen des Rates der Stadt alles Gute und erwarte von Ihnen, daß Sie Ihre Pflicht so erfüllen, wie Sie es in der

Wassereinschränkung — dringliches Gebot

Die Wasserwerke sind durch unverhältnismäßig hoch gestiegenen Wasserverbrauch derart in Anspruch genommen, daß ihre Pumpanlagen heute fast voll belastet sind. In erster Linie ist dies auf den Bevölkerungszuwachs — Flüchtlinge — zurückzuführen. Im Jahre 1938 betrug der Wasserverbrauch der Stadt 5 049 970 cbm und stieg im Jahre 1946 auf 6 187 100 cbm. Diese Zahlen geben in aller Deutlichkeit ein Bild, was unsere Pumpwerke zur Zeit leisten müssen. Eine Erhöhung dieser Leistungen durch Anlage neuer Pumpwerke ist in der heutigen Zeit nicht möglich. An die Bevölkerung Bielefelds ergeht daher nochmals die dringende Bitte, während der Sommermonate die Höchstgrenze von 50 Liter Wasser pro Person nicht zu überschreiten, da sonst eine Schädigung der Allgemeinheit eintreten und zur Vermeidung dessen noch schärfere Eingriffe notwendig würden.

Stromeinschränkung

Der Zonenlastverteiler hat im Auftrage der Mil.-Reg. und des VAW für den Monat Juli eine Einschränkung der zu verbrauchenden Strommengen angeordnet. In einer eingehenden Besprechung aller EVUs des Regierungsbezirks mit den Bezirksbehörden, den Organisationen der gewerblichen Wirtschaft, den Vertretern der Gewerkschaften und der Landwirtschaft wurden zur Durchführung der angeordneten Einsparung folgende Maßnahmen festgelegt:

1. Für den Monat Juli wird der zulässige Stromverbrauch für die gesamte Industrie, das Handwerk, den Handel, das Gewerbe und die Landwirtschaft, sowie für die Behörden, Schulen und alle anderen öffentlichen Dienststellen um 30 Prozent gegenüber dem tatsächlichen Verbrauch im Monat Mai 1947 gekürzt. Ausgenommen von diesen Kürzungen sind nur öffentliche Versorgungsbetriebe (Gas, Wasser und Elektrizität), Verkehrsbetriebe, Krankenhäuser und Nahrungsmittel verarbeitende Betriebe, z. B. Molkereien, Mühlen, Bäckereien, Fleischereien usw.

2. Werden durch vorstehende Maßnahmen die erforderlichen Einsparungen nicht erreicht, so muß die fehlende Menge durch tageweise Abschaltung von Strecken und Ortsteilen eingespart werden. Außerdem wird nochmals auf die strengste Einhaltung der festgelegten Feiertage und Feierwochen bzw. bei Sonderregelung auf die Leistungssenkung von 8.30 bis 12 Uhr hingewiesen, andernfalls wieder mit Notabschaltungen wegen Leistungsmangel zu rechnen ist. Vorstehende Anordnungen gelten für unser gesamtes Versorgungsgebiet, d. h. auch für die Großabnehmergemeinden einschl. Oerlinghausen und Brackwede.

Stadtwerke Bielefeld.

Vergangenheit getan haben, dann werden Sie zufrieden sein und der Stadt wird ein großer Dienst erwiesen. Glück auf!

Schulrat Becherer: Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren! Ich danke für die warmen Worte der Begrüßung und möchte nur um einige Minuten Aufmerksamkeit bitten. So düster die Situation ist, in der wir in der Schule und in der Erziehung unseres Volkes stehen, so günstig sind aber auch Anhaltspunkte gegeben, die uns den Blick in die Zukunft, in eine lichtere Zukunft öffnen. In den Schulen sitzen bereits mehrere Jahrgänge denen eine Stadt in Trümmern, eine angebombte und zerbombte Stadt einfach die Welt der Kinder ist, die keine andere Welt mehr kennen, und die von dieser Realität aus ihre Zukunft aufbauen werden, nicht nur aufbauen wollen, sondern sie aufbauen werden genau so, wie wir als Kinder waren, nicht gefragt haben nach den Schattenseiten und Schattenwirkungen unserer Väter, sondern von der gegebenen Situation aus, in die wir hineingeboren waren, unsere Zukunft bauten So sitzen vor uns nun Jahrgänge in den Schulen, die keine andere Welt kennen als die der zerstörten Städte und nun mit dem wirklichen Glauben in die Zukunft hineinwachsen und hineinstreben.

Ich weiß aber, daß in den Schulen noch Jahrgänge sitzen, die die Erziehung des Nationalsozialismus erfahren haben und ich würde leicht darüber hinweggehen, wenn ich nicht von höchster Stelle auf eine Erscheinung aufmerksam gemacht worden wäre. Diese Jugend, die durch Hitlerjugend und BDM hindurchgegangen ist, wirft uns Aelteren vor, daß wir ihr die Jugend geraubt hätten. Wohin strebt der Junge mit einem solchen Vorwurf? Weiß er nicht, daß

die Generation seines Vaters Millionen Opfer brachte

in seiner Jugend, genau wie er auch? Daß auch die Generation seines Vaters keine Jugend gehabt hat? Weiß diese Jugend nicht, die diesen schweren Vorwurf uns gegenüber erhebt, daß die Generation der Väter seines Vaters zwölf Jahre reifsten Mannestums hinopfern und hingeben mußte für ein Nichts. Ein doppeltes Opfer hat die Vätergeneration bringen müssen. Die Jugend mag es ja sehen! Wir wissen von vor 1933, daß der Einfluß des Nationalsozialismus in die Jugend durch die oberen Klassen der höheren Schulen gegangen ist, nicht von den Lehrern aus, sondern von der Jugend, von den Schülern aus. Wir wissen es, sie hatten nicht gesehen das größte und stärkste was wir Menschen gestalten können, nämlich die Persönlichkeit. Sie sahen nicht die aufrechten Männer, denen die Sache höher stand als alles Verwerfliche. Sie folgten nur dem Trommler, aber sie folgten nicht den höchsten ethischen Gütern, die diese Männer verkörperten, die dann den Weg in die Konzentrationsläger antreten mußten. Möge unsere Jugend der oberen Klassen und der Jahrgänge, die durch Hitlerjugend und BDM hindurchgegangen sind, sehen, wo Persönlichkeit steht, denn schließlich ist ja nach dem Ausspruch unseres größten Deutschen

die Persönlichkeit das höchste Glück der Erdenkinder.

Und ein weiteres. Wenn ich von der Jugend aus mit großen Hoffnungen und starkem Glauben in die Zukunft hineinsehe, dann noch aus einem anderen Grunde. Der Nationalsozialismus ist in seiner faschistischen Idee kein deutsches Gewächs, sondern ist eine europäische Krankheit, eine seeliche Begleiterscheinung der Entwicklung zum Hochkapitalismus. Wohl sind wir Deutschen die gewesen, bei denen dieser Krankheitsherd am stärksten getobt hat, aber kein europäisches Volk weiß sich ganz frei von der Infektion. Sie haben alle gelitten. Wir haben, entsprechend unserem Volkscharakter es zur Raserei emporentwickelt, aber wir Deutschen sind es auch gewesen, die diesen Bösen die stärksten Kräfte entgegengeworfen und die höchsten Opfer gebracht haben. Es gibt keine Revolution eines Volkes der Erde, daß in seinem Kampf gegen das Verwerfliche, gegen das Böse soviel Opfer gebracht hat an Leben, wie das deutsche Volk in den Jahren 1933 bis 1945. Unsere Jugend mag es sehen. Die Kräfte, die dagegen standen, waren zwei: das Christentum auf der einen Seite, wie es das deutsche Gemüt entwickelt hat, und auf der anderen Seite die größte Idee, die das 19. Jahrhundert geboren hat auf deutscher Erde, die Idee des Sozialismus. Diese beiden Kräfte, die Ideen des

Christentums und des Sozialismus

sind die Todfeinde des Faschismus gewesen und des Nationalsozialismus. Beide sind geboren aus deutschem Geist, und hier ist es, was mich am allerstärksten beseelt, mit Freude und Hoffnung in die Schule zu gehen und in die Zukunft zu sehen: der Kern des deutschen Kulturgutes ist rein, ist Inhalt, ist Sinn unserer Erziehung. Und wir schämen uns nicht in einer Zeit, da unser Volk so geschlagen ist, auf den letzten tiefsten Kern unseres Volkes zu verweisen, denn Europa wird nicht leben ohne die Werte, die das deutsche Volk in den Jahrtausenden, seit es existiert, entwickelt hat. Im deutschen Kulturgut haben wir den größten Fond und den größten Beitrag, den wir für die Gesundung unseres Vaterlandes und Europas geben können Man unterschätze diese Kraft nicht. Amerika hat den stärksten Erfolg errungen in Ostasien in den letzten Jahrzehnten durch die Kündung der reinen amerikanischen Idee; England hat in der Welt stärker gewirkt durch seine demokratischen Ideen als durch seine Heere, und Frankreich hat in der Welt stärker gewirkt durch die Idee des französischen Geistes als durch seine sonstige Geschichte. In einer Zeit, da wir wirtschaftlich und politisch ausgeschaltet sind, haben wir nur noch eins einzusetzen, etwas unersetzbares zur Gesundung unseres Volkes, das ist

die Idee des deutschen Kulturgutes,

das deutsche Kulturgut überhaupt. Aber die Idee lebt nur in einem anständigen aufrechten Charakter. Ich bin Herrn Oberbürgermeister sehr dankbar, daß er auf diese Schwierigkeit besonders hingewiesen hat; ohne daß diese Kräfte lebendig sind in einer Persönlichkeit vor dem Kinde können sie nicht wirken, können sie nicht wachsen. Darum ist auch in einer Zeit des Radios und des Schulfunks die Lehrerpersönlichkeit das A und O in der Schule. Es ist großzügig hier verfahren worden im Gegensatz zu dem Abschnitt, aus dem ich komme. Die Demokratie hat in ihrer Grundgüte vielen verziehen, bei vielen einen Strich gezogen, was immer gewesen ist. Aber man mißverstehe die Güte der Demokratie nicht noch einmal. Ich bin nicht gewillt, und das möchte ich meinen Mitarbeitern allen Ernstes sagen, den Golgatha-Weg der Weimarer Demokratie noch einmal zu gehen. Man hüte sich, aus dieser Grundgüte des Vergebens der Demokratie die Folgerung zu ziehen, die in dem Titel des amerikanischen Erfolgsstückes wiedergegeben ist: „Wir sind noch einmal davon gekommen!". Und nun noch einen kleinen Hinweis, und mit diesem persönlichen Hinweis lassen Sie mich meinen Dank an den Herrn Oberbürgermeister schließen. Als am 8. Mai von 2 Jahren in Karlshorst bei Berlin die Generale die Kapitulation Deutschlands unterschrieben, stand ich an dem Abend in einem dunklen Zimmer am Fenster und sah das ungeheure Flammenmeer Berlins. Berlin ging unter. Sämtliche Geschütze der siegreichen Truppen des Gegners schossen Salven und schossen ihre Leuchtraketen in die Luft, rote, grüne, gelbe. Ich sah diesen Untergang, und an meiner Seite saßen Frauen und weinten. Was nun? fragte die eine. In diesem Augenblick kam mir ein Wort in Erinnerung, es ist mir haften geblieben, und wird mich auch weiterführen wie bisher in der Arbeit, die ich zu leisten habe, und die Sie von mir erwarten. Es ist das Wort von einer der deutschesten Gestalten, die deutsche Dichtung schuf, von Goethe: „Ich habe Mut, mich in die Welt zu wagen, der Erde Weh, der Erde Glück zu tragen." Mögen meine Mitarbeiter, mit dem gleichen Mut in der Schule arbeiten für die Zukunft unseres Volkes, für die Zukunft der Stadt. Sie, Herr Oberbürgermeister, erwarten nicht viel Worte, Sie erwarten Hände, die zufassen und arbeiten. Ich bringe sie Ihnen."

Punkt 2: Mitteilungen.

Oberbürgermeister Ladebeck: Zunächst möchte ich Ihnen einen Teil eines Schreibens des Stadtpräsidenten von Schaffhausen zur Kenntnis geben, in dem es heißt: „Die Buchausstellung wird einer deutschen Stadt geschenkt und ich würde sie, wenn Bielefeld nichts dagegen hat, der Stadt Bielefeld schenken. Die Stadt Bielefeld kann aber die Bücher auch einer anderen Stadt oder einer ihr gut scheinenden Bibliothek, wenn möglich in diesem Falle einer Universitätsbibliothek, zur Verfügung stellen und schenken." Ich glaube, wir werden die Bücher für die Stadt Bielefeld dankbar annehmen, und ich darf wohl in Ihrem Namen der Stadt und dem Oberbürgermeister von Schaffhausen den Dank aussprechen für diese hochherzige Spende. Nach eine Schätzung der Fachleute haben die Bücher einen Wert von etwa 35 000 Goldmark, das ist für uns selbstverständlich ein ungeheurer Wert.

2. Ich möchte Sie auf eine graphische Darstellung hinweisen, die an der Wand ausgehängt ist. Ich habe sie von dem Zentralamt für Arbeit in Lemgo bekommen und es geht aus ihr hervor, daß Lübeck und Bielefeld die einzigen deutschen Großstädte sind in der englischen Zone, die heute

mehr Einwohner als im Jahre 1939

haben. Bei Lübeck liegen die Verhältnisse anders als bei uns. Es fällt demnach und in sehr weitem Maße der Ruhm, oder vielleicht besser die Last zu, als einzige Stadt mit großen Zerstörungen jetzt mehr Einwohner aufzuweisen als das früher der Fall war. Ich glaube, daß wir diese amtliche Darstellung zum Anlaß nehmen müssen, hier Aenderungen zu verlangen. Sie haben wahrscheinlich in der Presse die Mitteilung über eine Versammlung der Baufachleute gelesen, in der seitens der städtischen Dienststellen darauf hingewiesen worden ist, daß Bielefeld nicht mehr als Aufbauschwerpunkt erkannt wird. Angesichts der uns nun bekannten Tatsache haben wir das Recht, zu verlangen, daß

Bielefeld Aufbauschwerpunkt

ist. Ich glaube auch, daß wir auf Grund dieser Tatsache gewisse Forderungen stellen können in bezug auf weitere Einschränkung unseres Wohnraums durch immer neue Zuweisungen von Menschen. Ich darf Ihnen auf Grund einer Mitteilung der Militärregierung sagen, daß dort eine grundsätzlich neue Regelung erfolgt

Warnung vor gesundheitlichen Gefahren

Die beginnende Einmachzeit gibt wieder Veranlassung vor dem Gebrauch verzinkter (nicht verzinnter) Gefäße wie Eimer, Wannen, Wecktöpfe u. a. zur Herstellung von Obstkonserven, Marmeladen, Musen, Obstsäften und Rübensaft dringend zu warnen. Die Fruchtsäuren lösen das Zink aus den Gefäßen, auch schon beim Aufbewahren in der Kälte. Die dann zinkhaltigen Produkte haben einen unangenehmen, metallischen Beigeschmack, dazu kommt noch die Giftigkeit des Zinks, die sich je nach der aufgenommenen Menge in mehr oder weniger starker Uebelkeit und Erbrechen äußert. Eine nachträgliche Entfernung des Zinks ist nicht möglich. Auch sonstige saure Speisen, wie z. B. Kartoffelsalat, eingelegte Heringe u. a. dürfen keinesfalls in verzinkten Gefäßen zubereitet oder aufbewahrt werden.

In der letzten Zeit wurden häufig von Privatpersonen Proben von Speiseölen, die wahrscheinlich auf dem Schwarzmarkt erworben waren, im städtischen Untersuchungsamt zwecks Untersuchung eingeliefert. Es wurde in zahlreichen Fällen festgestellt, daß diese Oele aus reinem Mineralöl (Paraffinöl) oder Rizinusöl bestanden, bzw. Mischungen von solchen Oelen mit Pflanzenöl. Paraffinöl ist völlig unverdaulich und wirkt ebenso wie Rizinusöl stark abführend. In einem anderen Falle außerhalb Bielefelds sind durch Genuß eines Pflanzenöles, welches durch Zusatz von Ortho-Trikresylphosphat verfälscht war, schwere Vergiftungen vorgekommen. Ortho-Trikresylphosphat wird in der Technik benötigt und besitzt äußerlich ölähnliche Eigenschaften. Es wird deshalb dringend davor gewarnt, angebliche Speiseöle auf dem schwarzen Markt zu kaufen.

Rattenbekämpfung.

Für die Bekämpfung der Rattenplage sind besondere Prämien ausgesetzt. Wer eine innerhalb des Stadtbezirks Bielefeld eingefangene tote Ratte im Kesselhaus des Städt. Krankenhauses zur Verbrennung abliefert, erhält dafür eine Prämie von 3,— RM. je abgelieferte tote Ratte. Der Betrag von 3,— RM. wird im Stadthaus, Hindenburgstraße 13, bei der Ablieferung einer entsprechenden Bescheinigung, die im Kesselhaus des Städtischen Krankenhauses ausgegeben wird, gezahlt. Da die Ratten auch als Ueberträger ansteckender Krankheiten in Frage kommen, sind die toten Ratten am Schwanz anzufassen und in Papier einzuwickeln. Hierbei soll die Ratte nicht gedrückt oder gepreßt werden, um den Austritt von Urin, durch den von bestimmten Krankheiten befallene Ratten die Krankheitserreger ausscheiden, zu verhüten. Nach Ablieferung toter Ratten — auf alle Fälle aber vor jedem Genuß von Lebensmitteln (auch Tabak usw.) sind die Hände ordentlich zu reinigen. Hierfür stehen an der Ablieferungsstelle Waschreinrichtung und Reinigungsmittel zur Verfügung.

Stadt Bielefeld — Gesundheitsüberwachung.

Die Zahl der Wohnungen, die für die Besatzungsmacht insgesamt in Bielefeld in Anspruch genommen werden, wird durch eine Kommission höherer Dienststellen genau festgesetzt. Ob dann die heutige Zahl beibehalten wird, oder ob es weniger oder mehr werden, das wissen wir noch nicht. Es ist aber anzunehmen, daß die Zahl nicht erhöht wird, vielmehr daß sie herabgesetzt wird, und damit wird wohl der Zustand geschaffen, daß von dieser Seite aus neuer Wohnraum nicht mehr beansprucht wird. Das scheint mir ein gesunder Weg zu sein, der Ruhe in dieser Beziehung in die Bevölkerung bringt. Dazu kommt aber nun noch eine andere Tatsache, die Zuweisung von Flüchtlingen oder Menschen, die von außerhalb kommen, und es ist in den letzten Tagen wieder

ein neuer Flüchtlingsstrom in die Stadt eingewiesen

auf Grund der Verhältnisse des Lagers Elverdissen. Ich kann darüber noch nichts näheres sagen. Falls jedoch Herr Horstkötter hierüber näher berichten kann, bitte ich das am Schluß unserer Tagesordnung zu tun. Auf jeden Fall müssen wir etwas in der Abwehr für die Stadt tun. Nachdem wir mehr als 20 000 Flüchtlinge aufgenommen haben, dürfen und müssen wir gegen den weiteren Zustrom von Flüchtlingen einschreiten.

3. In der letzten Sitzung ist seitens der Ratsherrin Frau Dr. Steinbiß darauf hingewiesen worden, daß

in Tanzlokalen junge Menschen

an Tänzen sich beteiligen, gegen die man einschreiten sollte. Die Polizei wurde gebeten, Untersuchungen vorzunehmen. Das ist auch inzwischen geschehen. Vielleicht kann uns Ratsherr Vogt darüber Auskunft geben.

Ratsherr Vogt: Der Polizeiausschuß hat sich mit der Anfrage befaßt und der Chef der Polizei hat Erhebungen veranlaßt. In einem Bielefelder Lokal und in einem Lokal an der Peripherie der Stadt haben die Untersuchungen ergeben, daß die Sache doch nicht genau stimmt, sondern daß ein gewisses Hüsteln bei jungen Leuten bezeichnet wird als Tb-Tanz. Die Anfrage von Frau Dr. Steinbiß hat sich als haltlos erwiesen und die Erhebungen der Polizei haben Belastendes nicht zutage gebracht.

Frau Dr. Steinbiß: Die Behauptung des Ratsherrn Vogt, daß meine Anfrage haltlos sei, stimmt nicht. Die Polizei hat festgestellt, daß **beim Tanzen gewisse Gebärden nachgemacht** wurden. Das allein sollte schon genügen, die Anfrage zu rechtfertigen. Ich bin sehr dankbar, daß die Untersuchung durchgeführt worden ist und ich bin überzeugt, daß die Eltern sich haben beeindrucken lassen und sich mehr darum kümmern, wohin ihre Kinder gehen. Ich habe auch mit einigen Schulleitern gesprochen, die mir sagten, daß sie Veranlassung genommen haben, die Kinder darauf hinzuwensen, daß es nicht angängig ist, wenn sie sich auf diesen öffentlichen Tanzplätzen aufhalten.

Oberbürgermeister Ladebeck: 4. Auf Grund zahlreicher Mitteilungen aus der Bevölkerung über die

schlechte Belieferung Bielefelds mit Kindernährmitteln

und Puddingpulver haben wir eine Eingabe an das Landesernährungsamt gerichtet. Die Ursachen sind darin zu sehen, daß sich das Landesernährungsamt allein die Verteilung vorbehält. Die Firma Oetker selbst ist also dabei gar nicht beteiligt. Wir haben das Landesernährungsamt nun gebeten, uns bei weiteren Zuteilungen ebenfalls entsprechend mit Nährmitteln zu versorgen.

5. Ferner bitte ich Sie um Ihre Zustimmung zu einem Beschluß des Hauptausschusses und Finanzausschusses, nach dem für die Jubiläumsstiftung des Deutschen Caritasverbandes „Schwesterndank" 300 RM bewilligt worden sind. Ich glaube, wir können dem zustimmen da hier in Bielefeld diese Organisation wertvolle Dienste leistet im Gesamtdienst an der Bevölkerung.

Der Beschluß wird einstimmig gefaßt.

Oeffentliche Mahnung.

Die Lohnsummensteuer für das Vierteljahr April bis Juni 1947 ist bis zum 15. 7. 47 an die Stadthauptkasse — möglichst unbar — zu zahlen. Vom 20. 7. 47 an wird der gesetzliche Säumniszuschlag in Höhe von 2 Prozent erhoben. Vom gleichen Tage an beginnt außerdem die kostenpflichtige Einziehung der Rückstände im Verwaltungszwangsverfahren.

Stadt Bielefeld — Stadthauptkasse.

Weltoffene Schweiz.

Bisher besuchten 5000 Gäste die Ausstellung „Weltoffene Schweiz".

Punkt 3 Anfragen

Oberbürgermeister Ladebeck: Es lag eine Anfrage vor von Herrn Ratsherrn Bollbrinker bezüglich des Schwarzen Marktes vor dem Rathaus: „Was ist geschehen und was kann geschehen, um

den Schwarzhandel vor dem Rathaus

zu beseitigen." Die Polizei schreibt und dazu folgendes: „Von einem „Schwarzen Markt" am Rathaus kann nicht gesprochen werden. Die vielen Beobachtungen und Vernehmungen der dort gestellten Personen sowie sonstige Feststellungen ergaben, daß Deutsche englischen Soldaten Schmuckstücke, wie Armbänder, Broschen, Uhren und Füllhalter, Drehbleistifte, Notizbücher zum Tausch gegen Zigaretten, Schokolade, Bonbons und Keks anbieten. Die Tauschgegenstände werden herumgezeigt und wer von den englischen Soldaten das meiste bieten kann und bei sich hat, erhält sie. Es ist oft beobachtet worden, daß z. B. ein einfacher Ring von 10 und mehr englichen Soldaten besichtigt wurde, und daß dafür dann 5—10 englische Zigaretten geboten wurden. Neugierige, für gewöhnlich Personen, die auf ein Verkehrsmittel warten, und Kinder gesellen sich dazu und vergrößern den Kreis mitunter bis auf 50 Personen. Es bleibt nicht aus, daß auch einmal ein wertvolleres Stück, z. B. ein Photoapparat, zum Tausch angeboten wird. Der eigentliche Tausch geschieht dann mit größerer Vorsicht in einem Hausflur oder beschädigten Hause der Nebenstraßen.

Die Polizei hat wiederholt

Razzien und Ueberholungen

gegen die am Rathaus verweilenden Personen unternommen und diese in der verschiedensten Form durchgeführt. Sobald der Einsatz der Polizei beendet war, sammelten sich aber erneut Personen, zum Teil auch wegen des Einsatzes an. Auch wurden einzelne Uniformierte und Kriminalbeamte am Rathaus postiert, die Ansammlungen zerstreuen sollten. Sie wurden aber bei ihrem Einschreiten von englischen Soldaten bedrängt und belästigt. Darauf wurde die englische Militärpolizei hinzugezogen, die vorbeugend wirkte. Sobald sie verschwand, war dasselbe Bild zu sehen. Auf meine Vorstellungen, die englischen Soldaten am Verweilen am Rathaus zu hindern und ihnen den Aufenthalt daselbst sogar zu verbieten, wurde mir entgegnet, daß englische Soldaten sich wegen der dort im Ratskeller untergebrachten NAAFI-Kantine immer dort ansammeln würden, und daß ihnen dieses nicht untersagt werden könnte, solange sie dort friedlich herumständen. Die Streifen der Militärpolizei geschehen zwar noch öfters, ihr Aufenthalt vor dem Rathaus zog sich auch länger hin, aber die Ansammlungen ließen nicht nach. Es wurden neue Verhandlungen mit der Militärpolizei und dem PSO geführt, und es wurde erreicht, daß die

Einsätze der Polizei gemeinsam mit der Militärpolizei

erfolgen. Alle englischen Soldaten wurden überprüft und alle Deutschen, die irgendwie verdächtig erschienen, wurden auf Polizeifahrzeugen zur nächsten Polizeiwache in der Ravensberger Straße gebracht. Nicht nur die Personen, sondern auch die Wohnungen wurden auf Schwarzmarktware überprüft. Die Ergebnisse dieser Razzien lohnen nicht den großen Einsatz an Beamten. Es sind bisher trotz der systematischen Vorbereitungen und sorgfältigen Absperrung nur einige wenige kleine Fälle von strafbarem Tauschhandel festgestellt, mit denen sich die Gerichte kaum befassen werden. Diese Razzien werden trotzdem noch in den nächsten Tagen mehrmals täglich in den Abendstunden wiederholt werden, um abschreckend zu wirken. Es wird alles versucht werden, den „Schwarzen Markt" am Rathaus zum Verschwinden zu bringen.

Die Ansammlungen am Rathaus werden sich nicht vermeiden lassen, weil wegen der zerstörten Innenstadt gerade der Niederwall, der Platz vor dem Rathaus und die Ulmenstraße heute die Straßen sind, die die meisten Bewohner zu ihren Einkäufen und Spaziergängen benutzen. Um aber das Zusammentreffen von Deutschen und englischen Soldaten in größerer Zahl vor dem Rathaus einzudämmen, werden

folgende Vorschläge unterbreitet:

1. die Haltestellen der öffentlichen Verkehrsmittel am Rathaus und in der Viktoriastraße aufzuheben oder einige hundert Meter zu verlegen. 2. die NAAFI-Gaststätte aus dem Ratskeller herauszunehmen. Ich habe dies schon vor einigen Tagen den PSO nahegelegt. Mir wurde entgegnet, daß die NAAFI eine Einrichtung der Heilsarmee wäre, und mit der Militärregierung nichts zu tun hätte, und daß andererseits den durchfahrenden Truppen die Möglichkeit einer Rast mit Speiseeinnahmen an einer markanten Stelle der Stadt ermöglicht werden müßte. Es gäbe in Bielefeld keinen geeigneteren Platz und keine bessere Gaststätte, wurde mir außerdem erklärt. 3. englische militärische Posten an der Ecke Viktoriastraße—Rathaus aufzustellen, die größere Ansammlungen von Soldaten unterbinden und bei Tauschgeschäften wirklich einschreiten."

Das ist also die Stellungnahme der Polizei. Ich schlage vor, daß wir die Frage im Hauptausschuß gründlich besprechen. Ich werde auch mit den englischen Stellen Rücksprache nehmen. Es mag sein, daß wir diese Verhältnisse nie ganz verhindern können, aber es ist ein trauriges Zeichen, wenn

Kinder von 8—12 Jahren sich am Tauschhandel beteiligen.

Wir haben einen Fall erlebt, daß ein Erwachsener von einem Kind von etwa acht Jahren eine Zigarette kaufen wollte und ihm 2,— RM. dafür anbot, der Junge faßte aber nur an seinen Kopf und deutete damit an, daß der Erwachsene wohl nicht ganz helle sei. Es müßte zu erreichen sein, daß wir von unserer Seite aus wenigstens die Schulkinder fortbekommen können. Wir müssen uns also mit der Angelegenheit weiter befassen, damit wir endgültig Ordnung bekommen.

Die Dienstzeit bei der Stadtverwaltung

Punkt 4: Ermächtigung des Hauptausschusses, ab 1. August 1947 eine neue Dienstzeitregelung für die Stadtverwaltung zu treffen.

Ratsherr Horstkötter: In der vorigen Sitzung haben wir einer Verkürzung der Arbeitszeit zugestimmt. Bei der Durchführung dieser verkürzten Arbeitszeit haben sich unvorhergesehene Schwierigkeiten ergeben. Der Gesamtbetriebsrat der Stadt und die Gewerkschaften haben nun beschlossen, daß sie diese Dinge beraten wollen. Diese Vorlage sollte dann vom Hauptausschuß genehmigt werden. Ich bin aber der Meinung, daß das Ergebnis dieser Beratungen nicht im Hauptausschuß, sondern im Plenum behandelt werden muß. Die Sache ist zu ernst, als daß sie lediglich im Hauptausschuß entschieden werden könnte. Ich stelle daher den Antrag, daß der Vorschlag des Betriebsrates und der Gewerkschaften im Plenum beraten wird.

Oberbürgermeister Ladebeck: Ich weiß nicht, ob das möglich ist, denn die Stadtwerke haben zugestimmt, daß die jetzige Regelung bis zum 1. August beibehalten werden soll. Nach dem 1. August müssen jedoch die Beratungen abgeschlossen sein.

Ratsherr Klose: In der vorletzten Sitzung haben wir beschlossen, die Frage der Arbeitszeitregelung zur Klärung bestimmter Zweifelsfragen dem Hauptausschuß zu übergeben. Man hatte es damals sehr eilig, die Sache wurde als dringlich bezeichnet und der Hauptausschuß hätte entschieden. Ich bin der Ueberzeugung, daß, wenn sich der Hauptausschuß seinerzeit damit begnügt hätte, die Zweifelsfragen zu klären, wir uns heute nicht wieder mit dem Punkt zu beschäftigen brauchten. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Ausschüsse dazu da sind, Einzelfragen vorzubereiten, Erhebungen anzustellen und mit der Stellungnahme des betreffenden Ausschusses die Angelegenheit dem Plenum zuzuleiten. Wenn das nicht geschieht, entwickeln wir uns letzten Endes hier zu einer Einrichtung, die nur noch

Reden für die Galerie

hält, entschieden wird ja in den Ausschüssen. Mit welchem Erfolg, haben wir gerade in dieser Frage gemerkt. Ich halte daher den Antrag des Ratsherrn Horstkötter für berechtigt. Wir müssen abwarten, was die Betriebsräte und die Gewerkschaften beraten, denn das sind die zuständigen Stellen.

Oberbürgermeister Ladebeck: Es müßte dann eine neue Sitzung noch in diesem Monat stattfinden, da die Stadtwerke sich nur bis zum 1. August mit der augenblicklichen Regelung einverstanden erklärt haben. Der Antrag des Ratsherrn Horstkötter, die neue Arbeitszeitregelung durch die Stadtvertretung beschließen zu lassen, wird einstimmig angenommen.

Städtebaulicher Wettbewerb

Punkt 5: Ausschreibung eines städtebaulichen Wettbewerbes.

Ratsherr Bollbrinker: Bei der Ausschreibung des städtebaulichen Wettbewerbs handelt es sich um die Ausschreibung eines Teilprojektes zur Lösung der Verkehrsfragen in Bielefeld, und zwar um die Durchführung der West-Ost-Verbindung, die schon lange geplant ist, die Durchführung der Vik-

toriastraße zur Stapenhorststraße, die eine wichtige Verkehrsverbindung darstellt. Ein Projekt ist uns von seiten der Bauverwaltung vorgelegt worden und wir haben im Bauausschuß dazu Stellung genommen und ebenso im Hauptausschuß. Die Durchführung dieser Arbeit soll nicht nur von seiten der Bauverwaltung erfolgen. Das Projekt soll, wie auch demnächst das Projekt der Gütersloher Straße und Kreuzstraße, die

Neugestaltung des Jahnplatzes,

öffentlich ausgeschrieben werden, um einer Anzahl Architekten, insbesondere des Minden-Ravensberger Landes, Gelegenheit zu geben, sich mit dieser Aufgabe zu befassen. Wir hoffen, daß sich eine große Zahl beteiligen wird. Wir haben Interesse daran, daß die gesamte Bürgerschaft Anteil nimmt an dem Geschehen, insbesondere auch soweit die Verkehrsfragen in Frage kommen. Ueber die Einzelheiten brauche ich hier nicht weiter zu sprechen. Es sind einige Preise ausgesetzt, Preisrichter-Kollegien gebildet und nach Ausschreibung werden die Einzelheiten der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht. Bei der finanziellen Seite ist zu beachten, daß wir die verauslagten Gelder, die etwa RM. 10 000,— betragen, durch einen Zuschuß vom Land Nordrhein-Westfalen wiederbekommen werden, denn auch das Land ist daran interessiert, diese städtebaulichen Maßnahmen durchzuführen. Ich bitte daher, sich dem Beschluß des Bauausschusses und Hauptausschusses anzuschließen und für die Ausschreibung des städtebaulichen Wettbewerbs die Zustimmung zu erteilen.

Der Beschluß wird einstimmig gefaßt.

Kleine Vorlagen

Unter **Punkt 8** wurde der Abschluß des Bestattungsvertrages mit der Gemeinde Gadderbaum einstimmig zugestimmt.

Einstimmig gutgeheißen wurde danach unter **Punkt 9** der Abschluß des Mietvertrages mit der Reichsbahndirektion Hannover über eine etwa 4350 qm große Fläche an der Ecke Ravensberger- Sadowastraße

Als **Punkt 10** erfolgte einstimmig der Abschluß des Kaufvertrages mit dem Arbeiter Gustav Kindsgrab über das Grundstück Bielefeld, Bd. 192 Bl. 3405.

Ueber den weiteren Verlauf der Sitzung wird in der nächsten Ausgabe des Amtlichen Mitteilungsblattes berichtet.

Bekanntmachung!

Gemäß Erlaß des Herrn Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 2. 6. 1947 fallen die bisherigen Behördenbezeichnungen „Lippische Landesregierung" und „Der Regierungspräsident Minden" fort. Diese vereinigten Behörden führen mit sofortiger Wirkung die Bezeichnung „Der Regierungspräsident Detmold". Der neue Regierungsbezirk führt die Bezeichnung „Regierungsbezirk Detmold". Gemäß Erlaß des Herrn Regierungspräsidenten Detmold vom 30. 6. 1947 führt mit sofortiger Wirkung das Amtsblatt des Regierungsbezirks Minden die Bezeichnung „Amtsblatt für den Regierungsbezirk Detmold". Das Amtliche Schulblatt hat mit sofortiger Wirkung die Bezeichnung „Amtliches Schulblatt für den Regierungsbezirk Detmold" zu führen.

Zusatzsterbegeldversicherung geflüchteter Rentner.

Mitglieder der Rentnerkrankenversicherung, die aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie oder aus der Sowjetzone Deutschlands in die britische Besatzungszone gekommen sind und vorher eine Zusatzsterbegeldversicherung abgeschlossen hatten, sind berechtigt, die gleiche Versicherung bei der für ihre Krankenversicherung zuständigen hiesigen Krankenkasse erneut abzuschließen. Diese Zusatzversicherung ist für bereits zugewanderte Rentner bis zum 31. 8. 1947, für Rentner, die künftig in die britische Zone kommen, innerhalb von drei Monaten nach der polizeilichen Anmeldung zu beantragen.

Versicherungsamt Bielefeld-Land — **Versicherungsamt Bielefeld-Stadt**

Evakuierte Mütter und Kinder

können nach Berlin zurückkehren. Anträge werden von den zuständigen Flüchtlingsämtern (in den Landkreisen von den Gemeindeverwaltungen) entgegengenommen, die auch nähere Auskünfte erteilen. Meldungen müssen bis spätestens 21. 7. 47 erfolgen.

Die Lebensmittelzuteilungen

in der 4. Woche der 103. ZP. (14. Juli bis 20. Juli 1947)

Brot. Die Abschnitte über Brot M der Lebensmittelkarten 16, 26, 36 sind ungültig und dürfen nicht beliefert werden.

Nährmittel. Die Belieferung der Nährmittelabschnitte N 3 der 103. ZP. der Lebensmittelkarten 11 erfolgt ausschließlich mit Auslandsmehl, während die weiteren Nährmittelabschnitte der übrigen Verbrauchergruppen sowie der Zusatz- und Berechtigungskarten nur mit Nährmitteln beliefert werden dürfen. Die Lieferung von Auslandsmehl auf die Abschnitte N 2 und N 3 darf nur auf die Lebensmittelkarten 11—16 (Nichtselbstversorger) erfolgen.

Brot anstelle von Speisekartoffeln. Auf den Aufrufabschnitt L 303 der 103. ZP. der Lebensmittelkarten 11—15, 21—25 und 31—35 können in Verbindung mit einem Wochenabschnitt IV der 103 ZP. des Bezugsausweises für Speisekartoffeln für Personen über 3 Jahre bzw. I/II und III/IV für Personen unter 3 Jahre 500 g Brot geliefert werden.

Auf die Abschnitte über 1000 g Speisekartoffeln der Zusatzkarten 60, 61, 62, 63 und 70 der 4. Woche der 103. ZP. ist anstelle von 1000 g Speisekartoffeln 200 g Brot zu liefern. Der Bezug von Speisekartoffeln ist ausgeschlossen. Der Abschnitt über 1000 g Speisekartoffeln kann in 4 Reisemarken zu je 50 g R-Brot umgetauscht werden.

Ausgabe von Frühkartoffeln. Auf den Abschnitt K 1 der Kartoffelbezugsausweise für die 104. bis 107. ZP. werden 1,5 kg Frühkartoffeln ausgegeben und zu einem späteren Zeitpunkt auf die Ration in Speisekartoffen angerechnet.

Stärkeerzeugnisse. Die Abschnitte über Stärkeerzeugnisse der 103. ZP. werden aufgerufen, dürfen aber noch nicht beliefert werden.

Kinderpuddingpulver. Die Abschnitte über Kinderstärkemehle der 103. ZP. der Lebensmittelkarten 14, 24, 34 dürfen nur mit Kinderpuddingpulver beliefert werden.

Kinderstärkemehle. Die Abschnitte über Kinderstärkemehle der 103. ZP. der Lebensmittelkarten 15, 16, 25, 26, 35, 36, 44 und 70 sind mit Kinderstärkemehlen (Gustin, Ricena, Weizenin, Weizella, Hundhausens Weizenpuder) zu beliefern.

Fleisch. Es dürfen nachstehende Abschnitte über Fleisch mit 100 g Fleisch beliefert werden: 11, 21 II, 12, 22 II, 13, 23 II. Ferner die Abschnitte III der Lebensmittelkarten 11—15, 21—25 und IV 14, 24, 15, 25 der 103. ZP. aufgerufen. Die Belieferung der Abschnitte der 103. ZP. über Fleisch III der Lebensmittelkarten 11—15, 21—25 und IV der Lebensmittelkarten 14, 24, 15, 25 darf erst in der 2. Woche der 104. ZP. erfolgen. Alle Abschnitte über Fleisch der Lebensmittelkarten der 103. ZP. mit einer arabischen Zahl 1 bzw. 2 sind ungültig. Die Abschnitte IV über Fleisch der Lebensmittelkarten 11 und 21 der 102. ZP. sind ungültig.

Fett und Butter. In der 4. Woche der 103. ZP. können nachstehende Abschnitte über Fett bzw. Butter mit Butter beliefert werden. 12 I 13 I, 14 I, 15 I, 16 IVb je 50 Gramm.

Verfall der Abschnitte der Lebensmittelkarten der 103. ZP. Die Abschnitte der Lebensmittelkarten der 103. ZP. verfallen mit dem 20. 7. 1947 für die Lebensmittelarten Brot, Speisekartoffeln, Fett, Käse, Milch, E-Milch, Zucker einschl. Kunsthonig und Marmelade, Gemüse. Die Gültigkeit der Abschnitte der Lebensmittelkarten der 103. ZP. über Nähr-Kinderstärkemehle, Fisch und Fleisch wird für die 104. ZP. verlängert.

Sonderaufruf von 1000 g Brot für Erwachsene. Die Brotration der 3. und 4. Woche der 103. Zuteilungsperiode wird für Erwachsene (11, 21, 31) um je 500 g Brot erhöht. Die Abschnitte Z 313 und Z 314 der Lebensmittelkarten 11, 21 und 31 sind mit je 500 g Brot zu beliefern.

Lebensmittelkarten für		Brot						Nährmittel			
		Aufr.-Ration	Kleinabschn. IV x	Großabschn. IV x	Versch. Großabschnitte IV, IVa IVb je Mg. x	Nr. + Buchst.	je Meng.	Aufr. Ration	Kleinabschnitte St x	Kleinabschnitte N x	Großabschn. je
1		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Erwachsene	11, 21, 31	150 C	—	1000	III	500	—	500	—	* 6x25	N3+4 250
Jugendliche	12, 22, 32	250 C	—	1500	A	1000	—	250	—	* 6x25	N4 250
Kinder	13, 23, 33	200 C	—	1500	B	500	—	250	—	* 6x25	N4 250
Kleinkinder	14, 24, 34	100 C	—	1000	—	—	—	500	—	* 6x25	N4 250
Kleinstkinder	15, 25, 35	500	—	500	—	—	—	750	—	* 6x25	N4+5 250
Säuglinge	16, 26, 36	400	—	—	Zw 200	—	—	750	—	* 6x25	N4+6 250
Vollselbstvers. üb. 6 J.	41	—	—	—	—	—	—	—	—	* 6x25	—
unter 6 Jahre	44	—	—	—	—	—	—	—	—	* 6x25	—
Selbstversorgerbrotk.	47	2000	—	1000	—	—	—	—	—	—	—
Zus.-K. f. Normalarb.	N 60	350	7x50	—	—	—	—	250	—	—	IV 250
Zus.-K. f. T-Schwerarb.	T 61	750	5x50	500	—	—	—	250	—	—	IV 250
Zus.-K. f. Schwerarb.	S 62	1500	—	1000	500	—	—	500	—	—	2x IV 250
Zus.-K. f. Schwersta.	Sst 63	2250	5x50	1000	1000	—	—	750	—	—	3x IV 250
Ber.-Karte für Mütter	M 70	500	—	500	—	—	—	750	—	—	3x IV 250

* Diese Abschnitte sind vom 1. Tage ab in der ganzen ZP. gültig. — x Die Abschnitte sind mit Mengenaufdruck versehen

Die Abschnitte Zw 200 der Lebensmittelkarten 14—16, 24—26, 34—36 berechtigen zum Bezug von 150 g Dauerbackwaren.

Bei der Spalte 8 unter Nährmittel für die Karten 14—16, 24—26, 34—36 sind die aufgerufenen 250 g Kinderpuddingpulver bzw. Kinderstärkemehle in An- und Abrechnung gebracht.

Dieses wird im Auftrage des Landesernährungsamtes Westfalen bekanntgegeben.

Stadt Bielefeld Kreis Bielefeld Ernährungsämter Abt. B

Lebensmittelkartenverteilung.

Die Lebensmittelkarten werden der städtischen Bevölkerung von der 104. ZP. ab wieder zugestellt. Die Verteiler werden gebeten, von Montag nächster Woche ab an dem für sie festgelegten Tag die Karten in der zuständigen Kartenstelle abzuholen und zu verteilen.

Gleichzeitig wird bekanntgegeben, daß die Verteiler berechtigt sind, für die Verteilung der Lebensmittelkarten als Entschädigung für Zeitverlust und Schuhverschleiß 0,20 RM. je Periode und Haushalt von dem Haushaltsvorstand zu erheben. Die Leistung des Unkostenbeitrages ist eine freiwillige. Unterstützungsempfänger und sonstige Bedürftige sind von der Zahlung allgemein befreit.

Stadt Bielefeld — Ernährungsamt Abt. B.

Unsere erhaltenen Kalorien:

In der Woche vom 30. 6. bis 6. 7. 47 erhielten erwachsene Normalverbraucher 1007 Kalorien, und zwar: Brot 524, Nährmittel 126, Zucker 36, Kartoffeln 150, Brot an Stelle von Kartoffeln, Fleisch —, Fett 50, E-Milch 37, Käse 10, Gemüse 13, Kaffee-Ersatz —, Marmelade 36, Fisch 25.

Lizenzträger: Arthur Ladebeck, Bielefeld. Für den Inhalt verantwortlich: Presseamt der Stadtverwaltung (für alle städtischen Veröffentlichungen) und die Kreisverwaltung (für die Veröffentlichungen des Landkreises) Druck und Vertrieb: J. D. Küster Nachf. in Bielefeld.